

**Rede
von**

Claudia Schüßler, MdL

zu TOP Nr. 4a

Aktuelle Stunde

**Grenzenlose Solidarität? Zusammenhalt in Zeiten
von Corona unter besonderer Berücksichtigung
finanzieller Aspekte**

Antrag der Fraktion der AfD – Drs. 18/6868

während der Plenarsitzung vom 30.06
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Der Titel der Aktuellen Stunde liest sich ein bisschen wie der Titel einer fachlichen Arbeit. Aber so richtig zu verstehen war er erst nach Ihrem Beitrag, Herr Lilienthal. Wir sind natürlich davon ausgegangen, dass wir hier eigentlich nicht über Solidarität reden, sondern über das Gegenteil davon. Ich muss sagen: Sie haben berechenbar vorgetragen. Es soll um Solidarität gehen. Tatsächlich geht es aber um das genaue Gegenteil. Sie haben das mit einem für mich neuen Wort benannt: „dispositive“ Solidarität.

Eine solche dispositive Solidarität gibt es aber nicht. Es gibt nur das eine oder das andere. Ich kann Ihnen sagen: Solidarität ist heute wichtiger denn je. Da bin ich mit meiner Fraktion völlig im Reinen. Wir können nicht einfach zuschauen, wie es anderen schlechter geht, und dann denken, dass wir am Ende davon einen Nutzen haben.

Man kann natürlich diesen Standpunkt einnehmen. Man kann natürlich sagen: Das Geld muss bei uns bleiben! -Ich halte dies für eine so stark verkürzte Debatte, dass sie sogar Ihrer unwürdig ist. Eine solche Fragestellung trägt dazu bei, den Menschen Sand in die Augen zu streuen. Das können wir nicht wollen. Wir leben nun einmal in einer komplexen Welt. Der Wohlstand vieler Menschen hängt davon ab, dass es auch anderen gut geht, dass es Absatzmärkte für unsere Produkte gibt. Die Exporte in die europäischen Nachbarländer sind für uns ungeheuer wichtig. Nach Frankreich wurden im vergangenen Jahr Waren im Wert von 106 Milliarden Euro geliefert, in die USA Waren für knapp 10 Milliarden Euro mehr. Nach China wurden Waren im Wert von 96 Milliarden Euro geliefert, in die Niederlande Waren im Wert von 92 Milliarden Euro.

Danach folgen dann die Exporte in das Vereinigte Königreich, nach Italien, nach Österreich, nach Polen. Das ist noch einmal ein Volumen von 280 Milliarden Euro.

Ja, die europäischen Länder sind unsere wichtigsten Handelspartner. Wenn wir in diese Nachbarländer nichts mehr verkaufen können, weil die Menschen dort keine Kaufkraft haben oder weil sie andere Probleme haben, dann geht es am Ende den Menschen bei uns auch schlecht.

In jeder Krise ist es wichtig zu investieren. „Investieren“ heißt nicht, das Geld zu verschleudern, sondern es bedeutet, dass es zielgerichtete Unterstützung gibt -für bestimmte Branchen, für Gruppen, für Wirtschaftszweige. Genau das ist Aufgabe einer vorausschauenden Politik.

Vorhin musste ich hören, dass es diese Krise, die wir jetzt haben, gar nicht gibt; das sei konstruiert, damit wir Geld ausgeben können. Das ist schlicht unverschämt und definitiv unwahr! Herr Lilienthal, Sie haben das nicht gesagt - das hat Frau Guth gesagt. Aber Frau Guth, die jetzt leider nicht da ist, möchte ich zitieren. In ihrer Rede am 25. März hat sie gesagt: „Corona, ein kleiner unsichtbarer Feind, hat nun in einem Handstreich gezeigt, dass es Ereignisse gibt, die wir alle nicht in der Hand haben. Eine Krise,“ - das ist das Wort von Frau Guth - „wie wir sie heute erleben, ist nicht der Zeitpunkt für Regierungsschelte. Ich sage Ihnen ganz offen: Niemand, wirklich niemand, möchte derzeit in Ihrer Haut stecken.“

Seit dieser Aussage sind drei Monate vergangen. Ja, damals „Krise“, heute nicht! Kann der Sinneswandel Ihrer Partei vielleicht damit zusammenhängen, dass Sie in der Krise nicht gepunktet haben? Wahrscheinlich gab es auch die Rückbesinnung auf die Frage, was nun alles in Deutschland bleiben muss.

Natürlich reden wir über Steuergelder. Wir halten diese Steuergelder für verantwortlich finanziert. Das gilt für alle politischen Ebenen und selbstverständlich auch für die Europäische Union. Ursula von der Leyen, Präsidentin der Europäischen Kommission, hat gesagt: „Unsere Handlungsbereitschaft muss den Herausforderungen gerecht werden, vor denen wir alle stehen.“ Wir sollten selbstverständlich mit Europa solidarisch sein. Wenn es den anderen gut geht, wird es uns auch gut gehen.

Natürlich ist es auch notwendig, Lehren aus der teilweise wirklich schlimmen gesundheitlichen Situation in anderen europäischen Ländern zu ziehen und auch in Bezug darauf Handlungsebenen zu entwickeln. In diesem Sinne: Gemeinsam sind wir immer stärker!

Vielen Dank.